

NIEDERSCHRIFT Rat/016/2006

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 22.06.2006 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde
Herr Bernhard Faltmann
Herr Günther Fehmer
Herr Florian Heuermann
Herr Bernhard Kortmann
Herr Willi Krause

ab Verlauf zu TOP 8.
ö. S.

Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Franz-Josef Schulze
Thier
Herr Karl-Heinz Ueding
Herr Werner Wiesmann
Herr Franz Becks
Herr Jürgen Brunn
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Herr André Heßling
Frau Gabriele Mönning
Herr Peter Nowak
Herr Martin Pfeiffer
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Thomas Tauber
Herr Klaus Wieling
Herr Heinz Roggenkamp
Herr Ulrich Schlieker

Entschuldigt fehlen:

Herr Thomas Hagemann
Herr Hans Schaffeld
Frau Birgit Schulze Wierling

Von der Verwaltung:

Herr Rainer Hein
Herr Peter Melzner
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

Herr Heßling teilt mit, dass er die Einladung zur heutigen Sitzung erst am 19. Juni gegen Mittag durch den Kurierdienst Baltus erhalten habe.

Frau Mönning weist darauf hin, dass den Eheleuten Köhler die Einladung erst am Samstagnachmittag zugestellt wurde.

Herr Pfeiffer merkt an, dass er seine Einladung auch erst am Samstag erhalten habe.

Frau Mönning bittet die Verwaltung aufzuzeigen, welche Konsequenzen die tlw. verspätete Zustellung der Einladung hat.

Herr Messing führt aus, dass evtl. künftig die Einladungen nicht mehr durch den Kurierdienst, sondern wieder durch die Deutsche Post zugestellt werden müsse. Im Übrigen sei die Einladung öffentlich bekannt gemacht worden und alle Ratsmitglieder hätten einen Zugang zu Session-Net und könnten so auf die Ratseinladung zugreifen.

Herr Tauber wirft ein, dass die Verwaltung hier nicht auf das Internet verweisen könne, da lt. Geschäftsordnung eine Zustellung per Post vorgesehen sei.

Schließlich wird auf Antrag von Herrn Wieling die Sitzung von 18:05 – 18:10 Uhr unterbrochen, um zu klären, ob die Tagesordnung heute abgehandelt werden kann.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verweist Herr Messing auf den § 47 der Gemeindeordnung, in dem zur Ladungsfrist u. a. ausgeführt werde:

„Ein vorheriger Verzicht auf die Einhaltung der Ladungsfrist ist weder durch den Rat in seiner Gesamtheit, noch durch die Fraktionen oder einzelne Ratsmitglieder zulässig. Dagegen kann im Einzelfall auf die Einhaltung der Ladungsfrist nachträglich verzichtet werden, wenn die Einladung verspätet zugegangen ist.“

Der Rat müsse also jetzt entscheiden, ob er nachträglich auf die Einhaltung der Ladungsfrist verzichte.

Herr Becks merkt an, dass zu Punkt 4. der nichtöffentlichen Sitzung in der Einladung auf die Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 13. Juni 2006 Bezug genommen werde. Die Mitglieder des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses hätten in der Sitzung eine Tischvorlage erhalten, worüber die übrigen Ratsmitglieder aber nicht informiert worden seien. Insofern hätte in der Einladung auf die Tischvorlage hingewiesen werden müssen.

Frau Dirks entgegnet, dass diese Information auch in der Fraktionssitzung hätte weitergegeben werden können. Im Übrigen lägen die Tischvorlagen zur Verteilung an alle Ratsmitglieder bereit.

Dann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Auf die Einhaltung der Ladungsfrist zur heutigen Sitzung wird nachträgliche verzichtet.

Stimmabgabe: einstimmig

Frau Mönning erklärt, dass durch solche Fehlleistungen der Verwaltung die Laien-Arbeit der Ratsmitglieder nicht gerade erleichtert werde. Die Verwaltung müsse in Zukunft ihre Arbeit sorgfältiger ausführen.

Frau Dirks hält dem entgegen, dass die Verwaltung zu allen Punkten ausführliche Sitzungsvorlagen erstelle, immer für Nachfragen bereitstehe und die Verwaltungsmitarbeiter auf Wunsch auch in die Fraktionssitzungen kämen. Die verspätete Einladung bedaure sie sehr, es sei aber bereits darauf hingewiesen worden, dass mit der Zustellung ein Kurierdienst beauftragt worden sei.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2. Prüfung der Jahresrechnung 2005

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

1. Aufgrund des § 94 der Gemeindeordnung beschließt der Rat die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresrechnung 2005.

Stimmabgabe: einstimmig

Frau Dirks übergibt den Sitzungsvorsitz an den 1. stellv. Bürgermeister Herrn Faltmann. Herr Faltmann stellt den Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses zur Abstimmung.

Beschluss:

2. Die Ratsmitglieder erteilen der Bürgermeisterin vorbehaltlos Entlassung.

Stimmabgabe: einstimmig

Frau Dirks übernimmt wieder den Sitzungsvorsitz.

3. Einrichtung der Ganztags Hauptschule in Billerbeck hier: Festlegung des Raumprogramms

Herr Tauber bezieht sich auf die im Schul- und Sportausschuss ange-

sprochenen Immissionen bzgl. Lärm und Geruch und erkundigt sich, ob der Verwaltung bereits neue Erkenntnisse vorliegen. Außerdem erkundigt er sich nach dem vorgesehenen Zeitplan für die Ausschreibung und die Einbeziehung der zu beteiligenden Behörden. Er macht deutlich, dass der Fachausschuss beteiligt und die Entscheidungen nicht während der Sommerferien per Dringlichkeitsentscheidung gefasst werden sollten.

Herr Mollenhauer erklärt, dass es noch keine neuen Erkenntnisse gebe, wobei aber feststehe, dass im Akustikbereich einiges getan werden müsse. Die Planung werde in den Sommerferien weiter ausgearbeitet, parallel dazu müsse das Brandschutzkonzept erarbeitet werden. Auf der Grundlage des jetzt zu beschließenden Raumkonzeptes müsse der Bauantrag gestellt werden. Nach den Sommerferien werde die Planung verfeinert, die Ausschreibung vorbereitet und ggf. dem Ausschuss vorgelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Wieling teilt Herr Mollenhauer mit, dass die Ing.-Leistungen für die Akustik und den Brandschutz vergeben werden, die Bauleitung und Bauaufsicht die Stadt übernehme.

Beschluss:

Das verwaltungsseitig vorgestellte Raumkonzept für die Ganztags Hauptschule wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt die erforderlichen Genehmigungen zu beantragen, die einzelnen Gewerke auszuschreiben und unter Berücksichtigung des Schulbetriebes die Maßnahmen durchzuführen.

Stimmabgabe: einstimmig

**4. Lagebericht des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck
Abschluss für das Wirtschaftsjahr 2005**

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die in der Anlage I zum Jahresabschlussbericht aufgeführte Bilanz zum 31.12.2005 (Jahresabschluss 2005) wird genehmigt und festgestellt.

Die in der Anlage II zum Jahresabschlussbericht aufgeführte Gewinn- und Verlustrechnung 2005 mit Anhang (Anlage III) wird genehmigt und festgestellt.

Der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005 zum Jahresabschluss (Anlage IV) wird genehmigt und festgestellt.

Die Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2005 entlastet.

Der festgestellte Jahresüberschuss in der Höhe von 135.210,13 € wird in den Bilanzposten Bilanzgewinn eingestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

5. **Nachkalkulation zur Gebührenbedarfsberechnung für das Wirtschaftsjahr 2005 für die öffentliche Einrichtung Abwasserbeseitigung in der Stadt Billerbeck**
Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die in der Nachkalkulation zur Gebührenbedarfsberechnung 2005 ausgewiesene Unterdeckung in der Höhe von 54.427,73 € für Schmutzwasser und die Überdeckung in der Höhe von 7.780,20 € für Niederschlagswasser wird spätestens für die Kalkulation des Wirtschaftsjahres 2007 eingestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

6. **Bestellung von neuen sachkundigen Bürgern gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW (mit beratender Stimme) für den Umwelt und Denkmalausschuss und Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschuss**
Nach kurzer Erläuterung durch Herrn Schlieker fasst der Rat folgenden

Beschluss:

- a) Anstelle des bisherigen sachkundigen Bürgers Simon Drovs wird Herr Ralf Flüchter als sachkundiger Bürger gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW (mit beratender Stimme) für den Umwelt- und Denkmalausschuss bestellt.
- b) Anstelle des bisherigen stellvertretenden sachkundigen Bürgers Ulrich Rengers wird Herr Hans Wilkens als stellvertretender sachkundiger Bürger gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW (mit beratender Stimme) für den Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschuss bestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

7. **Mitteilungen**

- 7.1. **Besuch aus Englewood - Frau Dirks**

Frau Dirks teilt mit, dass zurzeit einige Jugendliche aus der Partnerstadt Englewood in Billerbeck zu Gast seien. Am Donnerstag würden 10 erwachsene Amerikaner aus Englewood eintreffen. Die Jugendlichen würden am morgigen Freitag um 14:00 Uhr im Rathaus empfangen, die Erwachsenen am nächsten Freitag, 30. Juni 2006, um 14:00 Uhr. Wer Inte-

resse habe, sei hierzu herzlich eingeladen.

7.2. Bepflanzung auf dem alten Friedhof - Herr Messing

Herr Messing bezieht sich auf die Anfrage von Frau Mönning in der letzten Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses bzgl. des extremen Zurückschneidens bzw. Entfernens von Hecken zwischen den Gräbern und teilt mit, dass die vorhandene Zypressenhecke entfernt wurde, weil sie zu stark in die Grabstellen hinein gewachsen war. Ein Zurückschneiden sei nicht mehr möglich gewesen, da die Hecke aufgrund ihrer Breite von innen vollkommen hohl gewesen sei. Ein erneuter Austrieb war ausgeschlossen. Als Ersatzbepflanzung würden im Oktober diesen Jahres Eiben gepflanzt.

7.3. Zebrastreifen Kirchstraße - Herr Mollenhauer

Zur Nachfrage von Herrn Menting, warum der Zebrastreifen an der Kirchstraße abgefräst wurde, teilt Herr Mollenhauer mit, dass die Markierung im Rahmen des Winterdienstes tlw. zerstört wurde und deshalb inzwischen eine neue aufgebracht wurde.

7.4. Markierungen im Stadtbereich - Herr Mollenhauer

Zur Nachfrage von Herrn Roggenkamp in der letzten Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung teilt Herr Mollenhauer mit, dass nach den Sommerferien die 30-Piktogramme im Stadtzentrum komplett erneuert würden.

8. Anfragen

8.1. Baumfällaktion auf dem Friedhof - Herr Dittrich, Herr Wieling, Frau Mönning

Herr Dittrich führt an, dass die Baumfällaktion auf dem alten Friedhof zu erheblicher Unruhe in der Bevölkerung geführt habe. Er könne nicht nachvollziehen, warum der Umwelt- und Denkmalausschuss nicht einbezogen und die Bürger nicht informiert wurden. Der Amtsvorgänger von Frau Dirks habe die Zusicherung gegeben, dass kein Baum ohne Beteiligung des Umwelt- und Denkmalausschusses gefällt werde. Hier gehe es nicht um das Fällen eines Baumes, sondern um 13 Bäume. Er wolle nicht, dass so etwas in Zukunft noch einmal ohne Beteiligung des Ausschusses passiere. Außerdem müsse das Gutachten, falls ein solches eingeholt wurde, in der nächsten Umwelt- und Denkmalausschusssitzung

vorgelegt werden.

Herr Messing legt dar, dass er in der HFA-Sitzung über das Gutachten berichtet und bekannt gegeben habe, dass einige Bäume im Hinblick auf die Verkehrssicherungspflicht aufgrund der nicht mehr vorhandenen Standsicherheit entfernt werden müssten. Hierauf sei auch auf der Homepage der Stadt Billerbeck im Internet hingewiesen worden. Die Stadt sei im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht verpflichtet, sofort tätig zu werden und könne nicht auf die nächste Sitzung des Umwelt- und Denkmalausschusses im September warten. Selbstverständlich werde der Ausschuss beteiligt, wenn aus gestalterischen Gründen Bäume gefällt werden sollen. Im Übrigen gehe es um 5 – 6 Birken im Bereich Hilgenesch, um das Zurückschneiden einer Zeder und um das Fällen der großen Linde im Eingangsbereich. In der HFA-Sitzung habe er außerdem bereits angekündigt, dass in der nächsten Umwelt- und Denkmalausschusssitzung eine Besichtigung des Friedhofes vorgesehen sei und mit dem Ausschuss ein Konzept für Ersatzpflanzungen entwickelt werden solle.

Herr Wieling merkt an, dass sich viele Bürger über die Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung beschwert hätten. Gerade bei dieser sensiblen Thematik hätte eine Information der Bürger über die Presse erfolgen müssen.

Frau Mönning will von Herrn Messing unter Bezugnahme auf das angesprochene und notwendige unverzügliche Handeln wissen, wann die Bäume mit den roten Punkten gekennzeichnet wurden. Herr Messing teilt mit, dass die Punkte am Mittwoch oder Donnerstag letzter Woche aufgebracht wurden.

Frau Mönning fügt an, dass bei einer Birke der Baumstumpf sehr gesund ausgesehen habe. Es sei schwer vorstellbar, dass dieser Baum hohl und krank gewesen sein soll.

Herr Messing erläutert, dass nicht jeder Baum im Bereich der Haltewurzeln faul gewesen sei, tlw. seien die Zwiesel abgestorben und drohten abzubrechen.

8.2. Beschilderung der für Radfahrer geöffneten Einbahnstraßen - Herr Pfeiffer

Herr Pfeiffer weist darauf hin, dass es für Autofahrer in einer Einbahnstraße nicht ersichtlich sei, dass ihnen Radfahrer entgegen kommen können. Zudem ordneten sich Linksabbieger in einer Einbahnstraße links ein, so dass entgegen kommende Radfahrer nicht mehr in diese Straße hineinfahren könnten. In Dülmen seien auf den Einbahnstraßen Fahrrad-Piktogramme mit Pfeilen in beide Richtungen aufgebracht worden.

Frau Dirks legt dar, dass die übliche Beschilderung vorgenommen wurde. Im Übrigen habe sie bereits in der Ausschusssitzung darauf hingewiesen, dass zunächst die Situation beobachtet und später ggf. Nachbesserun-

gen vorgenommen werden.

Herr Nowak hält eine Öffentlichkeitsarbeit für wichtig und merkt an, dass der Bereich Kurze Straße/Münsterstraße sehr kritisch sei.

Frau Dirks verweist auf die Auftaktveranstaltung, über die auch berichtet wurde. In der Nachbetrachtung würden sicher auch die Erfahrungen im Einmündungsbereich Kurze Straße/Münsterstraße berücksichtigt.

8.3. Baumfällaktion - Herr Roggenkamp

Herr Roggenkamp erkundigt sich, nach welchen Kriterien die Bäume ausgesucht werden, die gefällt werden müssen.

Herr Messing erläutert, dass die Stadt im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht in regelmäßigen Abständen die Bäume und Gehölze durch fachkundige Mitarbeiter kontrolliere. Wenn darüber hinaus Fachverstand erforderlich sei, werde ein Gutachter eingeschaltet. Die Überprüfung der Bäume auf dem alten Friedhof sei vorgenommen worden, weil nach dem strengen Winter vermehrt Schäden aufgrund Schneebruch aufgetreten waren. Deshalb sei ein Gutachten in Auftrag gegeben worden; über das Ergebnis habe er berichtet.

Herr Mollenhauer ergänzt, dass im Zuge von Baumaßnahmen auch gleichzeitig die Bäume untersucht werden. So habe sich z. B. bei der Kanalbaumaßnahme Gantweger Straße herausgestellt, dass eine Kastanie gefällt werden musste.

8.4. Einladung zum Arbeitskreis Offene Ganztagschule - Herr Tauber

Herr Tauber bezieht sich auf die letzte Schul- und Sportausschusssitzung, in der er seinem Ärger über die kurzfristige telefonische Einladung zur Sitzung des Arbeitskreises Offene Ganztagschule Luft gemacht habe und moniert, dass er heute eine Antwort seitens der Verwaltung erwartet hätte.

Herr Messing erläutert, dass er Herrn Tauber zunächst telefonisch informiert habe und ihm dann die Einladung per E-Mail zugeleitet habe. Die E-Mail-Adresse sei aber wohl falsch gewesen, eine entsprechende Rückmeldung, dass die E-Mail nicht richtig versandt werden konnte, habe er aber nicht erhalten. Deshalb sei er von einer ordnungsgemäßen Übermittlung ausgegangen. Das Versehen bedaure er, zukünftig werde er die richtige Adresse verwenden.

8.5. Ratten im Bereich der LAWI - Herr Ueding

Herr Ueding erkundigt sich, ob der Verwaltung bekannt sei, dass im Bereich der alten Landwirtschaftsschule Ratten herum liefen.

Frau Dirks sagt zu, dem Hinweis nachzugehen.

8.6. Ampelschaltung Daruper Straße - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass die Ampel an der Daruper Straße von 7:00 – 19:00 Uhr eingeschaltet sei. Da Schulkinder, die auswärtige Schulen besuchten, aber vor 7:00 Uhr aus dem Haus gingen und zu dem Zeitpunkt die Ampel noch nicht eingeschaltet sei, ergebe sich eine Gefahrensituation.

Frau Dirks sagt zu, den Hinweis aufzugreifen.

8.7. Illegaler Umbau an der Kampstraße - Frau Mönning/Herr Becks

Frau Mönning fragt nach, ob der Verwaltung die neueren Aktivitäten an der zum Wohnhaus umgebauten Garage an der Kampstraße bekannt seien. Dort habe eine Spedition Materialien angeliefert.

Herr Mollenhauer sagt sofortige Überprüfung zu.

Herr Becks betont, dass Fristen gesetzt worden seien und erkundigt sich nach der Einhaltung.

Frau Dirks verweist auf die Zuständigkeit des Kreises Coesfeld. Dort werde nachgefragt und dann entsprechend berichtet.

8.8. Kanalbauarbeiten im Bereich der Berkelaue - Herr Spengler/Herr Becks

Herr Spengler erinnert an die Beantwortung seiner in der letzten Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung gestellten Nachfrage zur Kanalbaumaßnahme im Bereich der Berkelaue. Die Anwohner hätten sich massiv über die Durchführung der Maßnahme beschwert und fragten bei ihm nach.

Herr Hein führt aus, dass als erste Baumaßnahme dort Schmutzwasserleitungen mittels Rohrvortrieb saniert wurden. Weil die Baustelle mit schwerem Gerät angefahren werden musste, sei eine massive Baustraße erforderlich gewesen. Zeitgleich habe es sich ergeben, dass die Kath. Kirche in ihrem Entscheidungsprozess so weit war, dass der Kindergarten saniert werden sollte. Das habe zu einer Anfrage nach dem Zustand des Regenwasserkanals geführt, der direkt unter einem Fundamentpunkt des Gebäudes liege. Die Überprüfung habe dann ergeben, dass der Regenwasserkanal abgängig ist. Daraufhin stellte sich die Frage, ob der Regenwasserkanal an der Stelle nicht aufgegeben werden könne. Dann wäre aber eine neue Einleitungsstelle erforderlich gewesen, die aber in einem Quellbereich genehmigt werden müsse. Daraufhin sei die Maßnahme beendet und die massiv hergestellte Baustraße beseitigt worden. Zu dem Zeitpunkt sei nicht absehbar gewesen, ob die Genehmigung für eine zusätzliche Einleitungsstelle erteilt würde. Monate später habe sich dann doch die Aussicht auf Genehmigung ergeben, tatsächlich sei die Genehmigung vor ca. 5 Wochen erteilt worden. Erst zu diesem Zeitpunkt habe er entscheiden können, dass der Kanal verlegt, eine neue Einleitungsstel-

le geschaffen und der alte Kanal außer Betrieb genommen wird. Hierfür sei dann eine deutlich weniger massive Baustraße aus dem Material der damaligen Baustraße entwickelt worden.

Herr Becks moniert, dass die Bürger über diese Maßnahmen nicht informiert wurden. Diese wollten auch wissen, wer die beschädigten Straßen im Dreitelkamp nach Beendigung der Maßnahme wieder beseitige.

Herr Hein legt dar, dass die Bürger aufgrund der Kurzfristigkeit nicht rechtzeitig informiert werden konnten. Sie seien aber, wie bei allen anderen Maßnahmen üblich, ein oder zwei Tage vor Durchführung der Maßnahme über die Presse informiert worden. Selbstverständlich würden die Pflasterflächen nach Abschluss der Maßnahme durch den Abwasserbetrieb wieder hergestellt.

Nach kurzer Erörterung stellt Herr Spengler schließlich fest, dass die Baumaßnahme bei den Bürgern nicht gut angekommen sei und die Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung schlecht gewesen sei.

8.9. Abschiebung einer Familie - Herr Becks/Herr Tauber/Herr Schlieker

Herr Becks berichtet über die Abschiebung einer Hindu-Familie nach Afghanistan, die an einem Sonntag durchgeführt wurde.

Die Familie mit drei minderjährigen Kindern sei integriert gewesen. Viele Eltern, die die Familie aus dem Kindergarten oder der Grundschule kannten, seien über das Vorgehen der Ausländerbehörde empört gewesen. Auch den Kindern könne das plötzliche Fehlen ihrer Kameraden nicht erklärt werden. Die Lage für eine Hindu-Familie in Afghanistan sei höchst problematisch. Herr Becks erkundigt sich nach der Zusammenarbeit zwischen Ausländerbehörde und Stadt Billerbeck und fragt nach, ob die Ausländerbehörde die aktuelle Lage in Afghanistan überprüft habe.

Frau Dirks führt aus, dass ihr der Vorgang bekannt sei, weil sie ebenfalls von Eltern und der Kindergartenleiterin angesprochen worden sei. Ausführende Behörde sei der Kreis Coesfeld. Sie wisse nicht, wie die Ausländerbehörde die Lage in Afghanistan geprüft habe. Auch auf Nachfrage habe sie keine Informationen erhalten.

Herr Tauber erkundigt sich, ob an dem Abschiebetermin städt. Mitarbeiter beteiligt gewesen seien.

Frau Dirks teilt mit, dass der Fachbereich Soziales kurzfristig hinzugezogen worden sei, weil die Familie in einem städt. Gebäude gewohnt habe.

Herr Becks bringt zum Ausdruck, dass er die Art und Weise der Abschiebung als unmenschlich und sehr tragisch für die Mitschüler der abgeschobenen Kinder bezeichne. Alle sollten darüber nachdenken, ob diese Praxis vernünftig ist, zumal die Abschiebung an einem Sonntag vollzogen wurde, an dem kein Rechtsbeistand hinzugezogen werden konnte.

Frau Dirks kann die Problematik nachvollziehen, nur müssten ja die rechtlichen Grundlagen für die Abschiebung vorgelegen haben, sonst wäre der

Kreis nicht tätig geworden. In der Regel sei den Familien auch bekannt, dass sie Deutschland verlassen müssten.

Herr Becks bittet die Verwaltung zu berichten, wie die Ausländerbehörde die Situation in abzuschiebende Länder überprüfe.

Frau Dirks hält dem entgegen, dass nicht die Stadt, sondern die Ausländerbehörde zuständig sei. Insofern wäre der Kreistag das richtige Forum, in dem die Ausländerbehörde vortragen könne.

Herr Schlieker stellt fest, dass die Ausländerbehörde des Kreises Coesfeld sicherlich nach rechtlichen Grundlagen entscheide, aber auf der anderen Seite auch ein gewisses Maß an Entscheidungsspielraum habe. Die Ausländerbehörde des Kreises Coesfeld sei für das rigorose und harte Vorgehen bei Abschiebungen bekannt.

8.10. Bekämpfung des Riesenbärenklau - Herr Becks

Herr Becks weist darauf hin, dass an der Bahnstrecke im Bereich des Sandweges der Riesenbärenklau wuchere und bekämpft werden müsse. Frau Dirks sagt Beseitigung zu.

9. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Es werden keine Anfragen von Bürgern der Stadt Billerbeck gestellt.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin